

Dresdner Volkszeitung

Verlagskontor: Leipzig,
Hohen & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkontor:
Gebr. Henschel, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1 90 M. Durch die Post bezogen monatlich 4 00 M., unter Anrechnung für Deutschland und Österreich- Ungarn 3 50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Wochenspende von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Insertats werden die 7spaltigen Zeilen mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinskampanien. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegraph-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 45.

Dresden, Freitag den 22. Februar 1918.

29. Jahrg.

Massenstreik und Landtag.

Die mehrfach erwähnte Interpellation der Unabhängigen wegen des Massenstreiks gab gestern im Landtage Veranlassung zu einer längeren Debatte. Dabei äußerte sich auch der Minister des Innern bei der Beantwortung eingehender über die Stellung der Regierung zu dem Streik. Eine Uebersetzung des Bisthums von Eschsch nicht. Hatte er doch schon dem Sozialdemokratischen Landesvorstand in den verflochtenen Streitfragen darzulegen, daß sich die sächsische Regierung bereit hat, die bedauerliche und unverständliche Haltung des Reichsregierers nachzuahmen. Mit Streikführern verhandelt man nicht und im übrigen suchte man die härtesten Worte zur Verurteilung des Streiks auszubieten. So war es im Grunde auch gestern, doch bemühte sich der Minister einer eingehenderen Darlegung. Natürlich ist er nach wie vor noch der Ansicht, daß der Streik unverantwortlich und geeignet war, einen Verständigungsfrieden zu erschweren, auch die ausländischen Agenten spürten noch etwas, doch gewann man den Eindruck, als habe man auch in der sächsischen Regierung eingeschlagen, daß damit kein Staat zu machen ist. Mit besonderer Mühe hatte der Minister seine Stellung zum politischen Streik überhaupt herausgehoben. Von einem solchen will er überhaupt nichts wissen, weil er sich gegen das Begehren des Staates richtet. Deshalb kann auch keine Regierung mit den Führern solcher Streiks verhandeln. Zur Geltendmachung politischer Forderungen sei allein das Parlament da, nicht die Straße.

Wir wollen heute über diese Frage mit dem Minister nicht eingehender streiten. Er wird aber wohl selbst wissen, daß die wichtigsten politischen Fortschritte unter ganz anderen Umständen errungen wurden sind, als er sie für allein gültig hält. Das gilt sogar von der sächsischen Verfassung und anderen wichtigen Staatsgesetzen. Bei früheren Kämpfen hat man auch in Sachsen zu Deputationen eine wesentlich andere Haltung eingenommen, man hat sie empfangen und nicht danach gefragt, ob sie auf der Straße oder in einem Lokale gewählt worden sind. Und das war sehr klug, wie sich gezeigt hat. Denn auf solche Weise wurde zwar nicht immer aber doch in sehr kritischen Situationen eine gewisse Verständigung erzielt. Schon ein kurzer historischer Ausflug in die sächsische Geschichte mühte den Minister bekümmert, daß es nicht klug ist, sich in der Sogasse einer Abfolge an alle politischen Forderungen zu betreiben, die nicht im Landtagsgebäude geltend gemacht werden.

Andere Regierungen sind auch in diesen Tagen auf einen höheren Standpunkt aufzuschwingen vermocht haben, ist aus den Vorgängen in süddeutschen Staaten hervorgegangen. Und dort ist man dabei schneller zu einer Verständigung und einer Vermüdung des Streiks gelangt wie hier, wo man den strotzenden Ungehorsam spielte. Aber freilich von der sächsischen Regierung kann nicht erwartet werden, daß sie etwas anderes als die rückständigsten Auffassungen sich zu eigen macht. Und will aber scheinen, daß das in einem Lande wie Sachsen bescheid unzulässig sei.

Aber natürlich fand der Minister mit seiner Verneinung der politischen Streiks die Zustimmung der bürgerlichen Vertreter. Vor allem der Konservativen, deren Redner sich bemühte, den Regierungsvertreter noch zu überreden. Auch der Nationalliberale Absicht war mit der Unterdrückung des Streiks und allen Maßnahmen durchaus einverstanden, doch betonte er auch Resursumnahmen gegen die funktionslose Regierung vom Schlage der Oldenburg-Namtschau. Im übrigen bemühte er sich, an der Haltung der Sozialdemokratie zum Streik zu mädeln.

Sowohl den Ministern wie den bürgerlichen Rednern offenbarte Genosse Sindermann durch unanschätzbare Worte, daß die Sozialdemokratie zu politischen Massenstreiks, die die Landesverteidigung gefährden könnten, von jetzt an entschieden ablehnende Haltung eingenommen und bei den jüngsten Massenstreik bemüht gewesen sei, ihn recht bald zu einem guten Ende zu führen. Im übrigen kennzeichnete der sozialdemokratische Redner unter Hinweis auf die Wahrungsmittelände, den Belagerungsstand, die Fensur und die Wahlrechtsreaktion als die Ursachen des Streiks, der infolge der Erbitterung über diese inneren Zustände und die Unzuständigkeit der Vaterlandspartei ausgedrückt sei.

Damit war der Höhepunkt der Debatte erreicht. Sie verlor sich alsbald in hundentlangenen polemischen Bemerkungen des Unabhängigen Seger, durch die schließlich der Erfolg erzielt wurde, daß sämtliche noch eingezeichneten Redner auf das Wort verzichteten. So wurde der Debatte nach einer längeren Dauer ein Ende bereitet.

Verbindung mit ukrainischen Abteilungen.

(M. T. U.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 22. Februar 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

In einzelnen Abschnitten Kritische- und Winternumerierkrieg. Kleinere Gefechtsberichte. An der Bahn Sperr-Route wurde eine englische Feldwache überrennt und gefangen.

In den letzten drei Tagen wurden im Luftkampf und von der Erde aus 24 feindliche Flugzeuge und zwei Heftballone abgeschossen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Seezugsgruppe Eilshorn:

In Ostland wurde Hapsal genommen. Das erste Eilenregiment hat sich dem deutschen Kommando unterstellt.

In Livland Riesen unsere Kolonnen über Rönneburg, Gofmar und Spanbau hinaus vor.

Unter dem Jubel der Bevölkerung sind unsere Truppen in Riga eingedrungen. Von dort streichen sie bis Ragnor vor. Rinn wurde besetzt.

Seezugsgruppe Linsingen:

Bei Unterstützung der Ukraine in ihrem Befreiungskampfe wurden Fortschritte erzielt. In Nowogradowolost haben wir die Verbindung mit ukrainischen Abteilungen aufgenommen.

Andere Kolonnen marschieren auf Dubna.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubensdorff.

Wetterle über die Verhandlungen mit Rumänien.

Budapest, 22. Februar. Auf eine Anfrage im ungarischen Abgeordnetenhaus über die Friedensverhandlungen mit Rumänien sagte Ministerpräsident Dr. Weterle: Mit Rumänien werden Verhandlungen geführt, bezüglich deren ich die Erklärung abgeben kann, daß sie, wie ich hoffe, sicherlich demüßigt zu Friedensverhandlungen führen werden. Wir werden es selbstverständlich als Pflicht erachten, unsere staatlichen Interessen nach jeder Richtung hin zu wahren. Die Bedingungen für die Friedensverhandlungen sind wohl noch nicht festgestellt. Ja ich kann auf einzelne territoriale Fragen, die in der Presse besprochen wurden, hiermit nicht eingehen, denn diese hängen mit von internationalen Vereinbarungen ab. Dennoch erlaube ich mir, zu bemerken, daß wir unsere Rechte wahren wollen erstens vom Gesichtspunkte der Verteidigung, zweitens von wirtschaftlichen Gesichtspunkte, drittens vom Gesichtspunkte des Verkehrs zu Wasser und zu Lande und viertens auch in der Richtung, daß jede Einmischung Rumäniens in unsere inneren Angelegenheiten unmöglich wird.

Was antwortet Deutschland?

Da das ohnmächtige, demobilisierte England so gut wie keinen Widerstand leisten kann, vollzieht sich der deutsche Vormarsch wie ein Wandern. Immerhin muß es im gefestigten Generalstabsbericht Leal (bei Dapfal) halt Redal heißen. Ueber die neuen zwischen Berlin und Petersburg angeknüpften Unterhandlungen läßt sich folgendes Telegramm aus:

Berlin, 22. Februar. Der russische Kurier traf gestern abend in Berlin ein und überreichte den Friedensvorschlag der Petersburger Regierung. Die Punkte, die mit dem bekannten Petersburger Forderungswortlich übereinstimmen, ist, wie der Berliner Tagblatt erzählt, von Lenin und Trotski genehmigt. Ueber den Inhalt der deutschen Antwortnotiz, die erst in einigen Tagen abgefaßt werden dürfte, werden nach Beratungen beschlossen. Die russische Seite, die die neuen Friedensverhandlungen auf Grund eines Programms, das von beiden Seiten zuvor genau festgelegt werden soll, in Grest-Litowil wieder aufgenommen werden. Auf deutscher Seite werden die Verhandlungen von Verhandlungsführern geführt werden, die die Initiative während der letzten Verhandlungen in Grest-Litowil genau kennen gelernt haben. Staatssekretär von Hülsenkamp dürfte erst zur Unterzeichnung in Grest-Litowil einreisen. Inzwischen wird Herr v. Hülsenkamp die Verhandlungen in Warschau oder Posen abzuwickeln. Am Sonntag den 24. Februar und am Montag den 25. Februar soll mit den Verhandlungen begonnen werden.

Ein Teil der Presse vermutet, daß die vom Abgeordneten Dr. Eitelmann in seiner Reichstagsrede verlangten Garantien mit den von der Regierung vermutlich zu fordern den Sicherheiten im wesentlichen übereinstimmen werden. Danach würde die vorläufige Einleitung von Friedensverhandlungen von folgenden Voraussetzungen abhängig gemacht werden: restlose Räumung von Livland und Estland, Freilassung der durch die Russen gefangenen Deutschen, Estländer und Livländer, Anerkennung der finnischen Selbstständigkeit und des Friedensschlusses mit der Ukraine sowie vollständige Räumung auch dieser beiden Gebiete.

Wenn es nach dem Wunsch unserer Allweltseroberer geht, ist es Sache Deutschlands, über das Schicksal der durch den Vormarsch neu befreiten Gebiete zu entscheiden. Was ein solches Verfahren gegen Rußland für die Zukunft zu bedeuten hätte, kümmert Leute nicht, die politisch nicht über die Raupspitze hinaus sehen können. Die Sozialdemokratie muß sich energig gegen eine solche Verletzung des in Vrest von Hülsenkamp vertretenen Standpunktes wenden. Will sich die deutsche Regierung auf die Fahn derer begeben, die die gegenwärtige hilflose Rußlands ausnutzen möchten, um Rußland von der Erde abzuwickeln, so müßte ihr die Sozialdemokratie die fortwährende Unterstützung verweigern.

Ein Teil der bürgerlichen Presse fäffert jetzt seine Leier mit Flüchtlingsberichten aus Estland und Livland. Nach den Erfahrungen, die man mit derartigen unkontrollierbaren Geweiberichten gemacht hat, müssen sie mit Zurückhaltung aufgenommen werden. Sie sind meist von derselben Glaubhaftigkeit wie die gestr ge häßliche Nachricht vom Sturze der Bolschewik-Regierung, eine Nachricht, die heute schon als erledigt gilt.

In letztem Geheiß zu Herrn v. Hülsenkamp Dispositionen ist folgendes offizielles Telegramm aus Wien:

Wie die Wäster melden, war beabsichtigt, daß der Minister des Reichens Graf Czernin, heute abend nach Warschau abreife. Ob diese Absicht verwirklicht wird, ist gegenwärtig noch nicht gewiß, da die Werbung, die in der russischen Friedensfrage durch den Forderungswort Trotski eintrat, es vielleicht dem Minister als notwendig erscheinen lassen wird, andere Verfügungen zu treffen.

Als deutsche Absicht vermutet der Fortwärt, daß man die Russen warten lassen und erst einmal mit den Rumänen zum Abbruch kommen sollte. Richtigere Wäster würden dabei bezüglich Bekarabien Abmachungen getroffen werden, und dann käme man mit vollkommenen Tatsachen zu den Russen. Die Unstimmigkeit, die zwischen der deutschen und der österreichischen Ostpolitik besteht, macht sich auch sonst an manchen Angelegenheiten bemerkbar. Nach dem Berliner Lokal-Anzeiger sollen sie sich bereits in einem kleinen diplomatischen Zwischenfall entladen haben. In Berlin schickte man sich nämlich darüber verlegt, daß das amtliche k. und k. Korrespondenzbureau den Protest des österreichischen Votenslubs, der scharfe Angriffe auf die deutsche Politik enthielt, ohne Prüfung wiedergegeben hat. Der Lokal-Anzeiger will wissen, daß der deutsche Botschafter in Wien beauftragt sei, ihn wegen dieses Verhaltens des Korrespondenzbureaus mit dem Wiener Auswärtigen Amt in Verbindung zu setzen. Das Berliner Blatt bemerkt dazu in strengem Ton:

Man darf der Erwartung Ausdruck geben, daß die österreichische Regierung es auf die Vorstellungen unseres Vorkäufers hin nicht bei formalen Entschuldigungen belinden lassen, sondern auch dafür sorgen wird, daß solche dieser Art sich nicht mehr wiederholen werden.

Die Sprache der österreichischen Wäster, die in den letzten Tagen zum Teil schon ziemlich gereizt war, dürfte aus diesem Anlaß nicht liebenswürdiger werden.

Zur Lage in Rußland ist in Berliner Blättern zu lesen: Wie zu erwarten stand, ist der Widerstand, den unsere im Osten voranschreitenden Truppen gefunden haben, ein nur geringer gewesen. Es zeigte sich bald, daß nicht nur die russischen Truppen, sondern auch die höheren Stände sich in völliger Desorganisation befinden. — Bei den in Estland einrückenden deutschen Truppen erschien eine Deputation des 1. estländischen Regiments mit der Bitte, sich unter deutschem Kommando an der Wiederherstellung der roten Garde beteiligen zu dürfen. Es auch die übrigen drei estländischen Regimenter ebenso gewonnen seien, verweigerten sie nicht zu folgen. Bezeichnend ist aber als sicher, daß diese nicht gegen die Deutschen kämpften würden. — Die polnischen Truppen befinden sich bei Lublin, Litowil und Wolodischow im Kampfe mit den großrussischen Truppen.

In der Ukraine behndet sich eine große Anzahl der Eisenbahnstationen im Besitz der Bolschewiki, doch sind diese wegen des Zustandes des Eisenbahnnetzes als absolut nicht fähig, die notwendigen Gemeindevorgänge — in einem Bezirk allein lagern 80 Waggons Kohle — nach Westen abzuführen. Die ungeheuren Vorräte haben sich seit 1914 angesammelt. Der große Wert der vielfach zerstörten Bahnen ist natürlich von uns erkannt worden, und die deutschen Eisenbahnen haben sofort die Arbeit an diesen für die Getreidesubstanz in unsere Armeen so wichtigen Verkehrswegen begonnen.

Was das Verhalten der Bevölkerung in den von uns durch abgenommen Gebieten betrifft, so sind nicht nur die Intelligenzen und Besizenden, sondern auch die unteren Klassen sehr über den Ordnung schaffen deutschen Einmarsch. Linere Soldaten sind darauf aufmerksam gemacht worden, daß sie sich ganz besonders zurückhalten und unbedingt zu benehmen haben und nicht verpassen dürfen, daß sie in der Ukraine zu Freunden kommen. Ihren Interessen ist zu folgen und zu dienen haben.

Flüchtlingsberichte.

Wien, 19. Februar. Flüchtlingsberichte erzählen, daß sich die Lage in Estland und Livland nicht beruhigt hat. In Stadi und Arad Werra sind über 100 Deutsche, in Pöllin etwa 140 und in Pörmann etwa 24 verhaftet worden. In den letzten Wochen haben russische Verhaftungen bis jetzt noch nicht aufgehört. Der bekannte Ruf zur Vertreibung aller deutschen Männer über 17 und aller deutschen Frauen über 20 Jahre wurde auch in Pörmann verbreitet. Bei Pörmann ist es zu einem Zusammenstoß zwischen Deutschen und der roten Garde gekommen, von der sich nicht berichtet wurde. Letzterer Umstand kann Anlaß zu neuen Demonstrationen geben.